



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 21.03.2024

Anfrage:

Dreckige Luft in München 2 – Machen sich Stadtratsmitglieder strafbar?

In München herrscht noch immer dicke Luft: Die Landshuter Allee ist auch im neuen Jahreskurzbericht des Landesamts für Umwelt (LfU)¹ die „dreckigste“ Straße Deutschlands. Noch immer wird an der Messstelle der Grenzwert für das gesundheitsschädliche Reizgas Stickstoffdioxid (NO_2) deutlich gerissen. Die Belastung liegt demnach bei $45 \mu\text{g}/\text{m}^3$, also zwölfeinhalb Prozent über dem zulässigen Wert.

Stickstoffdioxid führt zu Atemnot, Husten, Bronchitis, die bei wiederholtem Auftreten zu chronischen Atemwegs- und Lungenerkrankungen sowie zu einer Lungenfunktionsminderung führen können. Durch derart angegriffene und empfindlichere Atemwege steigt auch das Risiko für Allergien. Durch eine hohe NO_2 -Belastung kommt es außerdem zu schweren Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems (z.B. Herzinfarkte und Schlaganfälle), was sich auch in einer Zunahme der Sterblichkeit zeigt.² Berechnungen sagen, dass fast 800.000 Europäer pro Jahr vorzeitig an Krankheiten sterben, die durch Luftverschmutzung verursacht wurden.³

Die Deutsche Umwelthilfe geht daher seit Jahren gegen den Freistaat Bayern, die Regierung von Oberbayern und nun gegen die Landeshauptstadt München vor, um die politisch Verantwortlichen dazu zu motivieren, Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu ergreifen. Durch politische Tricksereien und Zuständigkeitswechsel konnten bindende Urteile aber nur schwer vollstreckt werden. Durch diese Verzögerungen sind tausende Münchner:innen noch immer schlechter Luft ausgesetzt, was zu schweren Erkrankungen und Todesfällen geführt haben könnte.

Anfang 2017 hat der Münchener Stadtrat Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung beschlossen, dabei aber kein Dieselfahrverbot ausgesprochen. Auch in der Fortsetzung des Luftreinhalteplans wurde immer wieder von Fahrverboten abgesehen, obwohl längst bekannt war, dass diese nötig wären, um die gesundheitsgefährdenden Zustände zu beenden.

¹ [Vorläufiger Jahreskurzbericht](#) des LfU

² [Umweltbundesamt](#)

³ <https://www.aok.de/pk/magazin/nachhaltigkeit/wasser-luft/das-koennen-sie-gegen-luftverschmutzung-tun/>

Die Landeshauptstadt München hat kurz vor der letzten Landtagswahl den Vergleich, den sie mit der Deutschen Umwelthilfe geschlossen hat, einseitig gebrochen, da sich die großen Fraktionen gescheut haben, Dieselfahrverbote auszuweiten. Die Prognosen, auf die sich die Stadtratsmehrheit bei ihrem Vorgehen bezogen hat, erlangten jeglicher plausibler Grundlage und wurden auch vom Gericht kritisiert.⁴

Als es um die Abholzung des Forst Kasten ging, haben die Rechtsabteilung und das Sozialreferat mit rechtlichen Konsequenzen gedroht, wenn die Stadtratsmitglieder nicht im Sinne der Heiliggeistspital-Stiftung München abstimmen würden. Also gibt es Fälle, in denen Stadträt:innen für ihr Abstimmungsverhalten rechtlich belangt werden können.

Wir fragen deshalb den Herrn Oberbürgermeister:

1. Um sicherzustellen, dass der Oberbürgermeister nicht aufgrund von fehlenden Informationen wirkungsvolle Maßnahmen verweigert, wird er gebeten in eigenen Worten die Risiken von hoher Schad- und Feinstoffbelastung der Luft zu beschreiben.
2. Haben Stadträt:innen rechtswidrig gehandelt, als sie das Dieselfahrverbot im Herbst 2023 ausgesetzt und somit die Verbesserung der Luftqualität verzögert haben? Könnten betroffene Anwohner:innen straf- bzw. zivilrechtlich gegen Stadtratsmitglieder oder die Landeshauptstadt München vorgehen?
3. Welche Konsequenzen ziehen der Oberbürgermeister und die zuständige Referentin, die den Stadträt:innen empfohlen haben, aufgrund von fragwürdigen Prognosen von einer Verschärfung der Maßnahmen zur Luftreinhaltung abzusehen?
4. Gab es auch bei der Landeshauptstadt München Fachkräfte, die davon abgeraten haben, vom Stufenplan der Luftreinhaltung abzuweichen?
5. Wenn ja, warum wurde nicht auf diese gehört?
6. Wenn ja, wie kann künftig sichergestellt werden, dass auch Maßnahmen umgesetzt werden, die zwar nicht politisch opportun sind, dafür aber fachlich richtig und wichtig?

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Nicola Holtmann, Stadträtin
Dirk Höpner, Stadtrat

⁴ Vgl. Rathaus-Podcast *München mit Ö*: „Die unsichtbare Bedrohung: Kampf für saubere Luft in München“ mit Robin Kulpa von der Deutschen Umwelthilfe (26:30-5:30 min)